



Antrag

der Fraktion der SPD

Qualität der Ausbildung in Schleswig-Holstein sichern und weiterentwickeln

Der Landtag wolle beschließen:

Das Bündnis für Ausbildung leistet seit vielen Jahren mit seinen Bündnispartnern und vielen vorbildlichen schleswig-holsteinischen Ausbildungsbetrieben einen wertvollen Beitrag um die Ausbildungssituation in Schleswig-Holstein sowohl qualitativ als auch quantitativ zu verbessern. Trotzdem zeigt der Ausbildungsreport Schleswig-Holstein 2010 des DGB Nord in einigen Bereichen Besorgnis erregende Entwicklungen auf.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität der Ausbildung in Schleswig-Holstein umzusetzen:
 - a) das Pilotprojekt zur Integrierten Ausbildungsstatistik des Hessischen Statistischen Landesamtes und des Statistischen Bundesamtes mit den übrigen Statistischen Landesämtern, an dem auch Schleswig Holstein beteiligt ist, zügig auszuwerten und auf der Grundlage der Ergebnisse eine Ausbildungsstatistik für Schleswig-Holstein einzuführen, die die tatsächliche Situation am Ausbildungsmarkt darstellt;
 - b) Im Berufsbildungsausschuss der Kammern und im Landesausschuss für Berufsbildung als gesetzlich definierte Beratungs- und Beschlussorgane für den regionalen Ausbildungsmarkt geeignete Maßnahmen zu vereinbaren, um die Qualität der Ausbildung in Schleswig-Holstein weiter zu verbessern und zu sichern.
Ein Aspekt hierbei ist die Attraktivität der Ausbildungsberufe, damit es weiterhin gelingen kann, qualifizierte Jugendliche für eine Ausbildung zu gewinnen.

nen. Dies betrifft insbesondere Berufe aus dem Hotel- und Gaststättenbereich.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, folgende Sachverhalte zu prüfen:
 - a) Mit den Kammern als zuständigen Stellen des BBiG und den Gewerbeaufsichtsämtern ist zu überprüfen, ob die bisherigen Kontrollmöglichkeiten zur Einhaltung der Rechtsvorschriften für die Durchführung der Berufsausbildung und des Jugendarbeitsschutzes ausreichend sind.
Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf die Umsetzung in Bezug auf die Eignung der Ausbildungsstätte, die persönliche und fachliche Eignung der Auszubildenden und der Ausbilder, die Freistellung für den Berufsschulunterricht, Regelungen zu Arbeitszeit, Überstunden, Urlaub und Vergütung zu legen.
 - b) Inwieweit die Ausbildungsberater der Kammern als außerbetriebliche Beratungs- und Beschwerdestelle genutzt werden und welche Konsequenzen sich daraus ergeben, soll ebenfalls überprüft werden.

Die Landesregierung wird aufgefordert, in der 16. Tagung des Landtages schriftlich über die Umsetzung der o.g. Maßnahmen zu berichten.

Begründung:

Nach dem kürzlich vom DGB Nord vorgelegten Ausbildungsreport Schleswig-Holstein 2010, für den 2600 Auszubildende in Schleswig-Holstein zur Qualität ihrer Ausbildung in Betrieb und Schule befragt wurden, sind rund zwei Drittel aller Auszubildenden mit ihrer Ausbildung insgesamt zufrieden.

Aber 21,5% der Ausbildungsverträge werden vorzeitig gelöst. In der Mehrzahl der Fälle geht die Initiative von den Auszubildenden aus. Dabei geben 26% ausbildungsfremde Tätigkeiten, 43% mangelnde Vermittlung der Ausbildungsinhalte und 31% ungünstige Überstunden- / Urlaubsregelungen als Gründe für die vorzeitige Lösung des Ausbildungsvertrages an.

Im Bereich der Hotel- und Gaststättenberufe liegen die Lösungsquoten deutlich über dem Durchschnitt, z.T. sogar über 50%.

Nur 68% der befragten Jugendlichen bewerten die fachliche Qualität in ihrem Ausbildungsbetrieb mit gut oder sehr gut.

Nur 18,5% der Befragten sind sicher, nach der Ausbildung im Betrieb übernommen zu werden.

Besonders die Ergebnisse der Befragung zur Ausbildung in Hotels und Gaststätten sind besorgniserregend. 62,9% der Jugendlichen in diesen Ausbildungen arbeiten mehr als 40 Stunden wöchentlich. 16,6% leisten mehr als 20 Überstunden pro Woche. Die Ausbildungsvergütung ist in diesen Bereichen weit unterdurchschnittlich, eine Vergütung der Überstunden ist nicht immer selbstverständlich.

Anette Langner
und Fraktion